

Schirmmacher spricht sich gegen Apostasiegesetze aus



Bei einer Nebenveranstaltung im Rahmen des Internationalen Ministertreffens zur Religions- und Glaubensfreiheit in London im Juli 2022 sprachen christliche Konvertiten aus dem Islam über die realen Folgen von Apostasie und Blasphemiegesetzen, die in vielen Ländern in Kraft sind. An der Veranstaltung und der dazugehörigen Ausstellung mit dem Titel „Keine Strafe für Apostasie“, die von der Organisation Set My People Free organisiert wurde, nahmen hochkarätige Redner teil, darunter Ahmed Shaheed, UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, und der Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), Bischof Dr. Thomas Schirmmacher. Sie und andere schilderten, wie Apostasie- und Blasphemiegesetze die individuellen Freiheiten verletzen und vor allem gegen ehemalige Muslime eingesetzt werden.

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen fordert die Gewährleistung der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit für alle Menschen, einschließlich des Rechts, die Religion oder den Glauben zu wechseln. Wie der Gründer von Set My People Free, Kamal Fahmi, erklärte, werden jedoch derzeit in 24 Ländern Menschen, die sich vom Islam lossagen, kriminalisiert und/oder mit dem Tode bestraft. „1,3 Milliarden

Muslimen haben nicht die Freiheit, den Islam zu verlassen“, erklärte Fahmi. „Diese Ausstellung gibt einen Einblick in die Grausamkeiten, die unter diesen Gesetzen auf der ganzen Welt und vor unserer Haustür begangen werden.“

Dr. Paul Marshall, Wilson Distinguished Professor of Religious Freedom an der Baylor University und leitender Berater der WEA, zitierte einen **Bericht des Pew Research Center**, demzufolge im Jahr 2019 79 der 198 untersuchten Länder und Gebiete (oder mehr als 40 Prozent) über Gesetze oder Richtlinien verfügten, die Blasphemie verbieten, d. h. Äußerungen oder Handlungen, die als Verachtung Gottes oder von Menschen oder Gegenständen, die als heilig angesehen werden, definiert sind. Die Hauptwirkung dieser Gesetze liegt nicht in ihrer gelegentlichen strafrechtlichen Anwendung, sondern in der Selbstzensur, die sie ganzen Gesellschaften auferlegen, da Menschen, die anderer Meinung sind, lieber schweigen, als das Risiko einzugehen, gesellschaftlich geächtet oder vom Mob bedroht oder sogar getötet zu werden.

Eines der persönlichen Zeugnisse auf der Veranstaltung stammte von dem iranischen christlichen Konvertiten **Mojtaba Hosseini**, der inhaftiert wurde, weil er sich einer Hauskirche angeschlossen hatte. „Wenn sie dich als ‚Abtrünnigen‘ bezeichnen, bringen sie dich vielleicht nicht um, aber sie sehen dich nicht mehr als Menschen an, also geben sie sich das Recht, dich so zu behandeln, wie sie wollen“, sagte Hosseini. Schließlich verließ Hosseini seine Familie und floh aus dem Iran. „Die iranische Regierung legte mir nicht nur Ketten an Händen und Füßen an. Indem sie mich zwang, den Iran zu verlassen, legten sie auch eine Kette um mein Herz“, erklärte er.

Im Einklang mit ihrer Verpflichtung, Gerechtigkeit für die gesamte Menschheit anzustreben, setzt sich die WEA seit ihrer Gründung im Jahr 1846 für die Religionsfreiheit für alle Menschen – nicht nur für Christen – ein. „Jeder Mensch“, so Schirmmacher, „sollte das Recht haben, sich für seinen eigenen Glauben, für seine eigene Weltanschauung zu entscheiden, und wie auch immer er sich verändert, sollte er dies frei tun können, ohne von irgendeinem Strafgesetz bedroht zu werden, und schon gar nicht mit dem Tod“. Im Gegensatz dazu zeige die Erfahrung von Muslimen, die in vielen Ländern mit islamischer Mehrheit Christen werden, dass „das Gefährlichste, was man im Moment tun kann, ist, vom Islam zum Christentum zu konvertieren“.